

Umweltpolitik als Gesellschaftspolitik - Der öko-soziale Umbau der Industriegesellschaft: Herausforderung an die Gewerkschaften*

Michael Müller, geb. 1948 in Bernburg/Saale, Lehre als Betonbauer, Studium der Betriebswirtschaft, ist stellv. Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und Energie der SPD-Bundestagsfraktion und Sprecher der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“. Herausgeber der Bücher „Umweltpolitik am Scheideweg“, „Das Ende des blauen Planeten?“ und „Die Klimakatastrophe“.

Zu den aktuellen ökologischen Gefährdungen

Wie kein Jahrzehnt zuvor sind die achtziger Jahre von der Erkenntnis geprägt, daß die Menschheit auf Kosten der ökologischen Substanz lebt. Die

* Literatur: Beck, U.: Gegengifte, Frankfurt/M. 1989. Crutzen, P./Müller, M.: Das Ende des blauen Planeten?, München 1989. Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“: 1. Zwischenbericht, Bonn 1988. Friege, H./Müller, M.: Mensch und Natur sind überfordert, Hamburg 1989. Hauff, V.: Unsere gemeinsame Zukunft - Der Brundtland-Bericht, Greven 1987. Hauff, VVMüller, M.: Umweltpolitik am Scheideweg, München 1986. Henricke, PVMüller, M.: Die Klimakatastrophe; Bonn 1989. Leipert, C: Folgekosten der Wirtschaftsprozesse und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Berlin 1987. Polanyi, K.: The Great Transformation, Wien 1977. Schuchardt, W.: Wenn der Lebensrhythmus nicht so flexibel ist wie die Arbeitszeit, Frankfurt 1989. Weizsäcker, E. U. von: Technologie im Jahrhundert der Ökonomie, Bonn 1988. Touraine, A.: La Production de la Societe, Paris 1973.

Gefährdung der Umwelt hat eine neue Qualität angenommen. Die Vergiftung von Wasser, Boden und Luft nimmt weder auf territoriale Grenzen Rücksicht noch auf unterschiedliche politische Systeme. Besonders der seit dem Beginn des Industriezeitalters beschleunigte „Atmosphärenkrieg der Menschheit“ mündet heute in eine Globalisierung der Umweltkrise:

- Weltweit sterben durch die chemische Versauerung der Luft Bäume und Pflanzen. In Europa sind zwischenzeitlich alle Länder von Waldschäden betroffen.
- Die Ausdünnung der lebensschützenden Ozonschicht beträgt je nach geographischer Breite bereits zwischen 2 und 10 Prozent. Die Zerstörung der Ozonschicht nimmt durch eine zeitversetzte Wirkung und eine lange atmosphärische Verweildauer der Chlormoleküle auch dann vorerst weiter zu, wenn der Einsatz von ozonschädigenden Chlorverbindungen sofort - was unbedingt erforderlich ist - untersagt wird. Einer Sanierung der Stratosphäre wird rund 150 Jahren beansprucht.
- Die Gefahr einer Klimakatastrophe ist, neben der Bewahrung des Friedens im Atomzeitalter, heute die größte Herausforderung für die Menschheit. Konkret hat zuerst die Weltklimakonferenz 1985 vor einer Verschiebung der Klimazonen gewarnt, weil „infolge der steigenden Konzentration von Treibhausgasen ... bereits in der ersten Hälfte des nächsten Jahrhunderts ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperaturen eintreten könne. Und zwar in einem Ausmaß, das es noch nie in der Geschichte der Menschheit gegeben hat.“

Die Entwicklung der Industriegesellschaften steht an einem Scheideweg. Es gibt bereits deutliche Anzeichen für einen Wechsel in den klimatischen Zonen und für eine globale Gefährdung der ökologischen Systeme. In der Troposphäre ist eine hohe Konzentrationszunahme klimawirksamer Spurengase festzustellen. Dadurch verändern sich chemische Zusammensetzung und Energiehaushalt der Atmosphäre. Die Strahlungsbilanz variiert in einer Weise, daß die Erdtemperatur aufgeheizt wird (Treibhauseffekt). Für das Jahr 1986 ergeben sich folgende Zahlen:

Stoffe	Anteil an der zusätzlichen Erderwärmung	Klimaeffekt pro Molekül	derzeitiges Konzentrationswachstum p.J.
Kohlendioxyd CO ₂	50 %	1	0,5 %
FCKW	17 %	10.000–15.000	5,0 %
Methan CH ₄	19 %	20	1,0 %
Ozon in der Troposphäre O ₃	8 %	2.000	
Distickstoffoxyd N ₂ O	4 %	200	0,2 %

Die Ursachen hierfür liegen in den gegenwärtigen Produktionsweisen. Die Hauptverursacher sind der Energiesektor, die gewaltige Motorisierung, der

Chemikalieneinsatz und die Industrialisierung der Landwirtschaft. Durch den menschlichen Einfluß hat sich das durchschnittliche Temperaturniveau seit Beginn der Industriellen Revolution um 0,7 Grad Celsius erhöht. In südlicheren Breiten verschiebt sich bereits die Niederschlagsverteilung, die Gebirgsgletscher schmelzen ab, der Meeresspiegel steigt und die Deckschicht der Ozeane erwärmt sich.

Die Auswirkungen der menschlichen Eingriffe in Chemie und Dynamik der Atmosphäre zeigen sich bereits in vielen Regionen der Erde, vor allem in den Entwicklungsländern. In weiten Gebieten des amerikanischen Weizengürtels verdorrt die Vegetation, seit 1968 hält die Ausweitung der Wüstenbildung im Sahel an. Durch den Anstieg der Oberflächentemperatur im Pazifik bilden sich mit der aufsteigenden feuchten Luft häufiger Wirbelstürme von großer Gewalt. Viele der rund 1,8 Mrd. Menschen, die in Küstennähe leben, sind vom Anstieg des Meeresspiegels und von einer Zunahme der Sturmfluten bedroht. Dies trifft besonders auf die Mündungsbereiche großer asiatischer Flüsse zu. Schon heute schätzen die Vereinten Nationen die Zahl der Umweltflüchtlinge auf weltweit 10 Millionen.

Nur wenige Grad Celsius Temperaturunterschied haben einen gewaltigen Einfluß auf die Lebensbedingungen von Mensch und Umwelt. Das durchschnittliche Wärmeniveau schwankte in den vergangenen eine Million Jahren lediglich zwischen 10 Grad (Eiszeiten) und 16 Grad (Klimaoptimum). Modellrechnungen von Klimaforschern sowie eindeutig beobachtbare Indikatoren lassen befürchten, daß für die nächsten 40 Jahre ein Temperaturanstieg von plus 3 Grad Celsius nicht ausgeschlossen werden kann. Dabei besteht eine Unsicherheitsrate von 1,5 Grad Celsius nach unten, aber auch nach oben. Gegenwärtig liegt der Durchschnittswert bei 15,3 Grad Celsius. Sollten die Prognosen eintreffen, käme es in wenigen Jahren zu einer Temperaturerhöhung, die es in der Menschheitsgeschichte bisher nicht gegeben hat, und zwar mit einer Geschwindigkeit, die ebenfalls ohne Beispiel ist. Während die natürlichen langfristigen Temperaturschwankungen bei 0,001 Grad Celsius pro Jahrzehnt liegen, ergeben aktuelle Messungen etwa 0,1 Grad Celsius. Zukünftig wird, je nach Szenario, ein Wert von 1,0 Grad Celsius pro Jahrzehnt für möglich gehalten. Die Erde und ihre Lebensbedingungen würden zu einem gewaltigen Experimentierlabor. Die kritische „Grenze“ hegt bei einer Erhöhung um 1,5 Grad Celsius beziehungsweise auf über durchschnittlich 16 Grad Celsius.

Die Folgen einer Klimakatastrophe wären ökologische Krisen, Hungersnöte, Völkerwanderungen und internationale Konflikte. Auch die Bundesrepublik wäre unmittelbar betroffen. Regenmenge und Regenverteilung würden sich verändern. Zwischen Herbst, Winter und Frühjahr würden die Unterschiede weitgehend verschwinden, weil die Winterzeit bis zu 8 Grad Celsius wärmer werden kann. Als Folge davon nähme auch das Waldsterben rasch zu. Während sich kurzlebige Schädlingspopulationen diesen veränderten Lebensbedingungen anpassen könnten, würden längerlebige Öko-Systeme eher geschwächt. Das wiederum würde die Spirale der Umweltzerstörung

beschleunigen. Und nicht zuletzt stiege der Einwanderungsdruck durch eine hohe Zahl von Umweltflüchtlingen an.

Die Gefahr einer Klimakatastrophe wächst vor allem dann, wenn die Industrieländer nicht rasch von ihrem hohen Umweltkonsum ablassen, und wenn aus dem Prozeß der nachholenden Industrialisierung in den Entwicklungsländern ein Prozeß nachholender Umweltzerstörung wird. Angesichts der Globalisierung und Komplexität des Problems kann die Umweltkrise nicht allein mit mehr Umwelttechnik und Umweltschutz - unter Beibehaltung der alten Wirtschaftsprinzipien, Wachstumshoffnungen und Verfügungsprivilegien — gelöst werden. Die industriellen Gesellschaftssysteme, die Verteilung von Macht und Reichtum bedürfen einer grundlegenden Korrektur mit dem Ziel, national und international eine dauerhafte ökologische und soziale Verträglichkeit zu erreichen.

Hierfür bleibt nur wenig Zeit. Die Wissenschaftler sind sich darin einig, daß die Zeit zum Bremsen und Gegensteuern kürzer wird und Veränderungen schneller kommen können als erwartet:

- Die Natur ist kein beliebig ausbeutbares Objekt. Das Klimasystem kann plötzlich an eine „Grenze“ geraten. Es reagiert nämlich nicht „linear“, sondern möglicherweise „sprunghaft“, beeinflusst durch Wechselprozesse, die negative Entwicklungen weiter verstärken können.
- Klimaverschiebungen, aber auch Ozonschwund und Waldsterben, verhalten sich wie ein großes Schiff unter Volldampf. Selbst wenn die Motoren abgestellt sind, schwimmt das Schiff vorerst weiter.

Die Schädigungen durch einen Klimawechsel wären nach menschlichen Zeit- und Bewertungsmaßstäben unumkehrbar. Es bliebe nur eine konfliktreiche Anpassung mit großen Gefahren - auch für die Demokratie und den sozialen Frieden. Es steht zu befürchten, daß eine Klimakatastrophe eine gesellschaftliche Dimension hat gegen die selbst die möglichen Gefahren eines „Atomstaates“ verblassen. Deshalb sind die nächsten 10 bis 15 Jahre wahrscheinlich entscheidend: Durch einen sozialökologischen Umbau der Industriesysteme und der Weltgesellschaft muß verhindert werden, daß das „Klimasystem“ außer Kontrolle gerät.

Industriegesellschaften und Umweltzerstörung

Die Umweltzerstörung hat in einem nie zuvor erlebtem Ausmaß zugenommen. Der Raubbau an der Natur ist maßlos: Die Wälder der Vergangenheit werden verbrannt, die der Gegenwart ausgeplündert und die der Zukunft vergiftet. An einem einzigen Tag verbraucht die Menschheit heute mehr Kohle, Erdöl und Erdgas als in 1000 Jahren gebildet worden sind. Vor rund 100 Jahren waren circa 20 Millionen Tonnen Kohlendioxyd durch die Energieverbrennung freigesetzt worden. 1986 erreichten die CO₂-Emissionen fast 21 Milliarden. Der Verlust an Regenwald betrug 1988 schätzungsweise 245000 Quadratkilometer, eine Fläche, die fast so groß wie die Bundesrepublik ist. Am

24. August 1987 registrierte das Satellitenbild allein für das Amazonasbecken rund 8000 Rasterpunkte für Waldbrände. Die Zahl der Autos hat sich in den letzten 20 Jahren nahezu verdreifacht. Das chemische Inventar verzeichnet rund 4 Millionen Stoffe und Gemische, jährlich kommen etwa 40000 hinzu. Allein das Altstoffverzeichnis der Europäischen Gemeinschaft zählt über 100000 Stoffe - nur von einem Bruchteil davon sind die Wirkungen auf Umwelt und Gesundheit bekannt.

Die industrielle Produktionsweise des 20. Jahrhunderts ist zur stärksten, aber auch zur gefährlichsten Einflußgröße für das ökologische Gleichgewicht auf der Erde geworden. Nicht zuletzt der kapitalistische Industrialisierungstyp, der die gesellschaftliche Entwicklung insbesondere in Westeuropa und den USA geprägt hat und der in seinen Zielsetzungen und Organisationsmethoden auch in anderen politischen Systemen und vielen Ländern weltweit Nachahmung findet, hat mit seiner renditeorientierten Wachstumsdynamik in den rund 150 Jahren seiner Geschichte mehr Umweltgüter geschädigt und vernichtet als frühere Gesellschaftskulturen über Tausende von Jahren. Nach Siegfried Lenz ist die „ökologische Selbstvernichtung“ der Menschheit keine unvorstellbare Vision mehr. Das geht in erster Linie auf das Konto der Industrieländer, die mit heute rund 1,3 Milliarden Menschen gewaltige ökologische Altlasten aufgetürmt haben, und noch immer verursacht dieses eine Viertel der Weltbevölkerung rund drei Viertel aller Umweltprobleme.

Addiert man zum Beispiel die Kohlendioxyd-Emissionen pro Kopf für den Zeitraum von 1950 bis 1984, so sind die USA der Spitzenreiter mit 4911 kg pro Kopf. Dies als 100 Prozent gesetzt, ergibt sich für andere Regionen folgendes Bild:

USA	4 911 kg = 100 %
Westeuropa	94 %
Osteuropa	50 %
pazifische Industriestaaten	31 %
asiatische Entwicklungsländer	5 %
sonstige Entwicklungsländer	3 %
<hr/>	
Weltdurchschnitt	19 %

1987 emittierten die Industrieländer 16,3 Milliarden DM Tonnen Kohlendioxyd, während die rund 3,9 Milliarden Menschen in den Entwicklungsländern „nur“ auf 4,2 Milliarden Tonnen kamen. Dahinter verbergen sich extrem ungerechte Verteilungsstrukturen: Ein Bewohner Kanadas hat beispielsweise einen im Durchschnitt 33mal höheren Energieverbrauch als ein Einwohner Indiens.

Das verdeutlicht die gewaltigen gesellschaftspolitischen Risiken der industriellen Entwicklung. Verliefe das weitere Wirtschaftswachstum wie bisher, geriete die Erde schnell an die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit. Diese Herausforderung ist unmißverständlich und gewaltig zugleich: Die Industriegesellschaft kann die Umweltzerstörung nur stoppen und eine dauerhafte Entwicklung erreichen, wenn es zu einer tiefgreifenden Transformation der Pro-

duktionsweisen und des Konsulnverhaltens kommt. Trotz des globalen Charakters der Umweltzerstörung gibt es nämlich eindeutige Ursachenzusammenhänge und spezifische Verteilungswirkungen. Ohne die Beachtung des Zusammenhangs von Umweltschutz und Gesellschaftsreform würden sich soziale Ungleichgewichte verschärfen und Abhängigkeiten verfestigen.

Umwelt und Wachstum

Mit der „Großen Transformation“ (K. Polanyi) zur Industriegesellschaft begann das „Jahrhundert der Ökonomie“ (E. U. von Weizsäcker). Die Entwicklung und Anwendung exakter wissenschaftlicher Arbeitsmethoden und die Explosion naturwissenschaftlicher Erkenntnisse ermöglichten einen geschichtlich neuartigen Typ von Gesellschaft, der durch seine innere industrielle Dynamik ständig über sich hinaustreibt und somit auch für soziale und kulturelle Reformen gestaltbar wird. An dieser modernen „Selbstproduktion von Gesellschaft“ (A. Touraine) machten sich die Fortschrittshoffnungen vor allem der Arbeiterbewegung für die Durchsetzung der Moderne fest.

Vor dem Hintergrund feudaler Herrschaft war die Orientierung auf die Ökonomie der angemessene Versuch, Vernunft, Wohlstand und Frieden in eine Gesellschaft der Klassenstrukturen, Ungerechtigkeiten und Konflikte zu bringen. Die Entfaltung der Produktivkräfte wurde dabei sowohl für das liberale Wirtschaftsbürgertum wie - wenn auch mit dem Ziel der sozialen Befreiung und der Reform der Gesellschaftsordnung - für die Arbeiterbewegung zum Ausgangspunkt für eine aufklärerische Politik und eine bessere Zukunft. Daraus entwickelte sich, verstärkt nach 1945, ein Industrialisierungs-Wachstums-Fortschritts-Paradigma, das über eine lange Zeit die gesellschaftliche Stabilität in der Bundesrepublik begründete. Stetiges wirtschaftlich-technisches Wachstum wurde dabei sowohl als unbedingtes Mittel wie auch als Ziel angesehen.

Diese Wachstumsorientierung wird seit den siebziger Jahren immer stärker als der prekäre Ausgangspunkt für die weitere Entwicklung erkannt. Die aus den letzten beiden Jahrhunderten stammenden politischen und kulturellen Sichtweisen und Verfassungen sind immer mehr von jenen Kräften überfordert, die der renditegesteuerten Wirtschaft durch die Wachstumsdynamik zugewachsen sind. So steht der hohen einzelbetrieblichen Leistungsfähigkeit eine wachsende Irrationalität des Gesamtsystems gegenüber. Mit der zunehmenden Komplexität, Beschleunigung und Internationalisierung der Industriegesellschaften kommt es zu immer weiteren „Entzweigungsvorgängen“ (K. Polanyi) zwischen Ökonomie, Technik, Wissenschaft, Politik und Kultur als Teilbereichen, die neue Eigengesetzlichkeiten und Handlungszwänge herausbilden.

Unter der Vorherrschaft privater ökonomischer Zielsetzungen charakterisieren die rastlose Erzeugung neuer Produkte und Verfahren, das Eindringen in die letzten Reservate der Natur, die schleichende Auflösung sozialer

Gemeinschaftsbindungen sowie die zunehmende Ausbeutung der Zeit diesen Prozeß industriegesellschaftlicher Entwicklung. Diese Dynamik entspricht einer ökonomischen Funktionsmaschine, die die notwendige gesellschaftliche Rationalität durch einen Imperialismus partieller Interessen und Zwänge verdrängt und eine neue Risikoträchtigkeit erzeugt. Die Auflösung der Gesellschaft durch eine Entkoppelung der Wirtschaft von Politik, Ökologie und Kultur, die Aufspaltung zwischen Individuum und Gesellschaft - das sind entscheidende Ursachen für die „organisierte Unverantwortlichkeit“ (U. Beck) unserer Zeit.

Die Industriegesellschaften befinden sich im Umbruch, tragende Fundamente brechen weg. Am deutlichsten zeigt sich die Rationalitätskrise in der Zerstörung der Umwelt. Von konservativer Seite wird der Verlust an Fortschrittsgewißheit für eine Politik harter kapitalistischer Restrukturierung genutzt, ohne daß damit die Probleme gelöst würden - wie sich im Scheitern der politischen „Wende“ in der Bundesrepublik deutlich zeigt.

Es fehlen Zukunftsorientierungen für den sozial-ökologischen Umbau und die Modernisierung von Staat und Gesellschaft. Es ist vollends zur Illusion geworden, mit dem technisch-ökonomischen Weltbild und dem Ordnungsrahmen des 19. Jahrhunderts die Probleme einer High-Tech-Gesellschaft mit ihren pluralen Lebensstilen lösen zu wollen. Die großen Ideen von Demokratie und Sozialstaat müssen weiter ihre Kraft entfalten, aber sie bedürfen der Fortentwicklung und Ergänzung. Die Herausforderung liegt darin, trotz ökonomisierter Wertmuster und individualisierter Orientierungen den reformerischen Übergang in eine soziale *und* ökologische Kultur zu beginnen. Das erfordert:

- die verbindliche Festlegung sozialer und ökologischer Ziele für Wirtschaft und Gesellschaft, die nicht wirtschaftlich, sondern politisch bestimmt werden;
- einen Wandel im Politikstil hin zu mehr Offenheit, Lernfähigkeit und breiter Mitbeteiligung. Mehr denn je gilt: Mehr Demokratie wagen!;
- die Schaffung einer Weltinnenpolitik für eine dauerhafte Entwicklung der Weltgesellschaft.

Umweltpolitik als Reformpolitik

Das Dilemma der heutigen Umweltpolitik liegt in ihrer verfehlten Grundlogik. Sie versteht sich nicht als gesellschaftliche Reformpolitik und bleibt einer nur nachträglichen Schadensbegrenzung verhaftet. Zum Schutz der Natur müssen der Wirtschaft äußere Grenzen für die renditeorientierte Dynamik gesetzt werden. Von daher hat eine ökonomische Reformstrategie heute zwei wesentliche Elemente:

- Die Durchsetzung einer dauerhaften Entwicklung durch die Überwindung der *inneren* Krisenhaftigkeit und der Ungleichgewichte kapitalistischer Systeme.
- Das Setzen *äußerer* Grenzen für die Entwicklung von Wirtschaft und Technik durch eine Strategie demokratischer Gestaltung, die sich an

sozialen und ökologischen Zielsetzungen orientiert und dabei auch die berechtigten Interessen der Entwicklungsländer und zukünftiger Generationen berücksichtigt.

Eine in die Zukunft gerichtete Umweltpolitik muß den Vorrang ökonomischer Zielsetzungen durchbrechen und kann sich nicht allein am Anteil der Umweltschutzausgaben am Bruttosozialprodukt messen. Ein derartiger politischer Paradigmawechsel erfordert den sozialökologischen Umbau der Volkswirtschaft, die Verbesserung der staatlichen und gesellschaftlichen Handlungsfähigkeit und den Ausbau der sozialen Demokratie. Von großer Bedeutung ist die Entwicklung neuer Instrumente und prozeßbezogener Regulierungsformen der Umweltvorsorge.

Ökologische Bürgerrechte: In den wichtigen regionalen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen muß eine durchsetzungsstarke Interessenvertretung zugunsten der Umwelt etabliert werden. Ökologische Bürgerrechte zielen darauf ab, plurale Auswahlmöglichkeiten und Transparenz über die Gestaltung der Zukunft herzustellen sowie politische und wirtschaftliche Entscheidungen unter einen ökologischen Rechtfertigungszwang zu stellen. Instrumente hierfür sind zum Beispiel der öffentliche Zugang zu Umweltdaten, unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfungen und Institutionen der Technikbewertung und Technikgestaltung.

Wirtschaftsdemokratie: Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie muß neben dem Ausbau der sozialen Schutzrechte und der Beteiligung in Fragen des Technikeinsatzes und der Arbeitsorganisation auch ökologische Grenzen setzen können. Dies verlangt vor allem den Aufbau von Wirtschafts- und Sozialräten, in denen auch Umwelt- und Verbraucherinteressen institutionell zu verankern sind.

Konzept der Dienstleistungen: Die vorherrschende „Wirtschaftsphilosophie“ geht von der Angebotsseite aus, die von einzelwirtschaftlicher Rentabilität bestimmt ist. Die volkswirtschaftlichen Schädigungen aus dieser Interessensausrichtung sind hinlänglich beschrieben. Eine ökologische Wirtschaftspolitik muß hingegen das Ziel einer qualitativen Optimierung der Nachfrage nach sozialen und ökologischen Kriterien haben. Für die Energienutzung wurde hierfür das Konzept der „Energiedienstleistungen“ entwickelt. Diese Überlegungen müssen auch auf andere wichtige Wirtschaftsbereiche übertragen werden, zum Beispiel Chemie- oder Verkehrsdienstleistungen. Dies erfordert vor allem eine Stärkung dezentraler regionaler Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand sowie eine Erweiterung der gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung.

Einbeziehung der Umweltnutzung in die Produktionskosten: Die wichtigsten Instrumente für die Einbeziehung des Faktors Umwelt in die ökonomischen Entscheidungen sind kombinierte Auflagen- und Abgabensysteme, die im ordnungsrechtlichen Rahmen ökonomische Anreize und Zwänge für weitergehende Ziele zur Emissionsminderung setzen. Die Innovation soll in Richtung

auf eine ökologische Modernisierung gelenkt werden. Damit sind derartige Abgaben keine Finanzierungsquelle, sondern ein ökonomisches Steuerungsinstrument, das gerade die Verringerung der Abgabebelastung zum Ziel hat.

Modernisierung des Ordnungsrechts: Das Ordnungsrecht des 19. Jahrhunderts ist nicht in der Lage, die modernen Umweltprobleme zu lösen. Zu einer Reform gehören zum Beispiel die zeitliche Befristung von Genehmigungen, an deren Verlängerung hohe Standards gekoppelt sind; die Einführung dynamischer, depressiver Emissionswerte nach Vorsorgezielen; die Senkung der Eingriffsschwellen für die Bewertungsstellen sowie eine Gefährdungshaftung und eine Rechtssystematik zugunsten des Umweltschutzes nach Kriterien der Plausibilität.

Ökologische Normen und Wertrechnungen: In den technischen Normen und Standards müssen ökologische Zielsetzungen verankert werden, um von vornherein umweltverträgliche Verfahren und Produkte zu entwickeln. Auch für das Wirtschaften selbst sind neue Maßstäbe erforderlich, da der Indikator Wachstum im Bruttosozialprodukt nicht aussagefähig ist und nur quantitative, preisbestimmte Größen nennt. „Ökologische Buchführung“, Indikatoren für Kosten-Nutzen-Berechnungen und jährliche „Berichte zur Lage der Natur“ sind mögliche Reformansätze.

Wiederaneignung der Zeit: Die heutige Auflösung der Zeitstrukturen in Richtung auf eine „Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft“ bleibt nicht ohne negative Folgen auf das Verhältnis Mensch - Umwelt. Gewerkschaften und Gesetzgeber müssen für den notwendigen Schutz für Mensch und Natur durch ausreichende Ruhezeiten und durch „Entschleunigung“ sorgen.

Demokratische Einbindung der Wissenschaft: Die Wissenschaft muß, um ihrer Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit und der Zukunft gerecht zu werden, in einen breiten Diskurs über das Wechselverhältnis von Wissenschaft, Technik und Gesellschaft eingebunden werden. Dazu gehört zum Beispiel eine transparente Bewertung unterschiedlicher Entwicklungspfade.

Durchsetzung der Solarwirtschaft: Das Energiesystem hat eine zentrale Bedeutung für die Industriestrukturen und die Umweltbelastungen. Erforderlich ist neben der radikalen Erhöhung des Wirkungsgrades (Effizienzrevolution) der Aufbau eines Versorgungssystems auf der Basis erneuerbarer Energieträger. Dafür müssen die öffentlichen Ausgabeprioritäten anders genutzt werden. Ohne eine drastische (weltweite) Reduzierung der Militärausgaben sind die Finanzmittel nicht verfügbar, die für die Neuordnung der Energieversorgung notwendig sind.

Umweltpolitik ist Gesellschaftspolitik. Der ökologische Umbau der Gesellschaft ist sozial und demokratisch nur möglich, wenn „alte“ und „neue“ soziale Bewegungen zusammenfinden und sich auf eine Reform der Gesellschaft verständigen. Den Gewerkschaften als einem wichtigen Träger gesellschaftlicher Gegenmacht gegenüber den privaten Wirtschaftsinteressen kommt hierbei

eine gestaltende Aufgabe zu. Sie müssen sich noch sehr viel stärker als bisher ökologischen Konzepten öffnen, nicht zuletzt auch deshalb, um die heute noch sehr verengte Umweltschutzdebatte um eine gesellschaftsreformerische Dimension zu erweitern. Ein wichtiger Ansatz wäre der Versuch, ökologische Zielsetzungen in Tarifverträge einzubeziehen. Dies würde die Kontroverse zwischen Kapital und Arbeit im Betrieb auf eine qualitativ neue Ebene stellen. Die „ökologische Modernisierung des Arbeitsverhältnisses“ erfordert Eingriffe in Produktionsstrukturen, um umweltschädliche Verfahren zu beenden, umweltschädliche Produkte auszuschließen, die Einsparung von Energie und die Verminderung von Schadstoffemissionen durchzusetzen sowie so wenig wie möglich Abfall zu produzieren. Hier schließt sich auch der Kreis zwischen einer ökologischen Modernisierung der Volkswirtschaft und der Humanisierung der Arbeit.

Heute stellt sich wieder drängend die Frage: „Wie wollen wir in Zukunft leben, was ist Fortschritt?“ Die Beantwortung dieser Frage hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Ergänzung von sozialer Solidarität um ökologische Vernunft konzeptionell zu konkretisieren und allgemein einsichtig zu machen.